Liebe Bürgerinnen und Bürger des Ortsbezirkes Leimersdorf!

Die aktuellen kommunalpolitischen Geschehnisse im Ortsbezirk Leimersdorf führen zu Irritationen und Verunsicherungen. Als CDU Grafschaft wollen wir daher in dieser Broschüre nochmals Informationen und Erläuterungen zu den einzelnen Entwicklungen geben. Die Tongrube Leimersdorf hat eine lange Geschichte, stets verbunden mit dem Ärgernis von Verkehr und Staubentwicklung. Zurzeit beherrscht die berechtigte Sorge vor einer Sondermülldeponie die Schlagzeilen. Durch den Kauf von Sperrgrundstücken der „*Aktiven Grafschafter*“ wurde erreicht, dass der Tonabbau nicht weiter fortschreiten kann und sich damit das Volumen für die spätere Rekultivierung nicht mehr erhöht. Schon damals hat der **Gemeinderat einstimmig dafür gestimmt**, die „*Aktiven Grafschafter*“ durch Rechtsbeistand zu unterstützen, wenn die Betroffenheit eines größeren Personenkreises gegeben ist. Dafür wurden 20.000 € im Haushalt eingestellt. Umso mehr waren wir als CDU verwundert und verärgert zugleich über das vor einiger Zeit am Ortsausgang Niederich aufgestellte große Transparent. Mit solch unnötigen und unverständlichen Aktionen wird ein Keil zwischen alle politischen Gruppierungen getrieben, von dem nur einer Nutzen hat: Der Betreiber der Tongrube!
Hätte sich der Ortsbeirat in den letzten Monaten schlicht und einfach den eindeutigen Beschlüssen von Ausschüssen und Gemeinderat gegen eine Sondermülldeponie angeschlossen, wäre alles gut gewesen. Der ebenso spektakuläre wie sinnlose Rücktritt des Ortsvorstehers und des Ortbeirats (bis auf Christoph Weber, CDU) entbehrt jeder Grundlage.

„Wir glauben, dass falsche Behauptungen und Verleumdungen nie zielführend sind. Erreicht wurde mit solchen Transparenten bisher nichts.“

Die Bürgerinnen und Bürger sollten wissen, dass wir als CDU stets für eine verlässliche Politik stehen. Das beweisen letztlich alle Maßnahmen, die wir mit unserer Gemeinderatsmehrheit im Ortsbezirk Leimersdorf umgesetzt haben und noch umsetzen wollen. Hierzu zählt der Bau des neuen Dorfgemeinschaftshauses, die Innenentwicklung des Ortes, der Ausbau von Kindergarten und Grundschule, die räumliche Verbesserung der sehr gut geführten Bücherei, der Ausbau des Hochwasserschutzes und vor allem die Verhinderung der Deponie:

„Wir wollen keine Schadstoffdeponie in Leimersdorf!“

In dieser Informationsbroschüre werden wir den Verlauf der Entwicklung zum Thema Tongrube sachlich und verständlich aufbereiten. Vertiefende Informationen sowie alle öffentlichen Sitzungsunterlagen finden Sie auf der Internetseite der Gemeinde Grafschaft (*www.gemeinde-grafschaft.de*) unter dem Punkt „*Bürgerservice › Ratsinformationssystem*“.

Persönlich im Einsatz für Leimersdorf

Michael Schneider
CDU-Vorsitzender

Günther Armbruster
CDU-Ratsmitglied aus Leimersdorf

Marcel Werner
CDU-Kreistagsmitglied

Klaus Huse
CDU-Fraktionsvorsitzender

ZEITLICHER VERLAUF

Ausgangssituation

Am **28.05.2013** bekundete die *C.C. Umwelt AG* aus Krefeld, deren Tochterfirma Betreiber der Tongrube Leimersdorf ist, erstmalig die Absicht, in der Leimersdorfer Tongrube eine Deponie der Schadstoffklasse DK I zu errichten. Der Gemeinderat sprach sich bereits in seiner Sitzung am **20.06.2013** gegen eine Deponie aus.

Resolution des Gemeinderates gegen eine Deponie

Im April 2014 berieten die politischen Gremien erneut intensiv über das Ansinnen der *C.C. Umwelt AG* Krefeld, in der Leimersdorfer Tongrube eine Deponie der Deponieklasse I einzurichten. Am **30.07.2014** verabschiedete der Gemeinderat dann einstimmig eine Resolution gegen diese Maßnahme, in der es v.a. heißt:

> ***„Dieses Vorhaben lehnt der Gemeinderat entschieden ab, auch da die Notwendigkeit und der Bedarf einer Deponie DK 1 am Standort Leimersdorf nicht nachvollziehbar ist.“***

Einleitung des Planfeststellungsverfahren

Die Genehmigung einer Deponie liegt im **Zuständigkeitsbereich des Landes**, die Kommune kann hierzu lediglich eine Stellungnahme abgeben. Im Januar 2017 wurde die Gemeinde Grafschaft daher von SGD Nord (Struktur- und Genehmigungsbehörde für das nördliche Rheinland-Pfalz) konkret gebeten, eine Stellungnahme zum Antrag der *C.C. Umwelt AG* auf Errichtung einer Deponie DK I abzugeben.

In den Sitzungen des Bau- und Planungsausschusses am **02.02.2017** und des Haupt- und Finanzausschusses am **09.02.2017** fanden die Vorberatungen zum Tagesordnungspunkt ***„Planfeststellungsverfahren zur Errichtung einer Abfalldeponie“*** statt.

Übersicht über das Planfeststellungsverfahren zur Errichtung einer Deponie

SGD Nord

3. KW 2017
Einleitung des Planfeststellungsverfahrens

17.01.2017
Beteiligung der Gemeinde Grafschaft, Vorlage einer Stellungnahme bis 28.02.2017

Gemeindeverwaltung Grafschaft

03.02.2017
Beauftragung des TÜV Rheinland

09.02.2017
Beantragung einer Fristverlängerung bis 28.04.2017

13.02.2017
1. Stellungnahme der Kanzlei Kunz

20.02.2017
Beauftragung des Ingenieurbüros Björnsen

08.03.2017
2. Stellungnahme der Kanzlei Kunz

24.04.2017
Abgabe der Stellungnahme der Gemeinde Grafschaft

Einstimmige Haltung des Gemeinderates gegen das Planfeststellungsverfahren

Daraufhin beschloss der Gemeinderat in der Sitzung am **16.02.2017** zu diesem Tagesordnungspunkt einstimmig mit 29 von 29 Stimmen:

> ***„[...] Der Gemeinderat spricht sich gegen die Errichtung und den Betrieb der beantragten Deponie aus. [...] Für die Stellungnahme der Verwaltung sind zur Unterstützung die Kanzlei Kunz Rechtsanwälte aus Koblenz, das Büro Björnsen, Beratende Ingenieure aus Koblenz sowie der TÜV Rheinland einzubeziehen und entsprechend zu beauftragen. Der Haupt-, Finanz-, Personal- und Vergabeausschuss wird ermächtigt bei Bedarf weitere Gutachter / Fachleute hinzuzuziehen. Im Nachtrag 2017 sind auf der Haushaltstelle 1190562530 ‚Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten' weitere Mittel einzustellen."***

Stellungnahme der Gemeinde Grafschaft

Die von der Gemeinde Grafschaft beauftragten Rechtsanwälte geben im Namen der Gemeinde am **13.02.2017** eine umfassende Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren ab. Diese wurde am **08.03.2017** um weitere Argumente ergänzt. In der Stellungnahme werden verschiedene Gründe dargelegt, warum die Einrichtung einer Deponie aus gemeindlicher Sicht abzulehnen ist, da sie weder zulässig noch notwendig ist. Diese Gründe und Argumente wurden von Rechtsanwalt Dr. Andreas Dazert und dem Dr.-Ing. W. Weckbecker persönlich in der **öffentlichen Bauausschusssitzung am 27.04.2017** ausführlich vorgestellt. Alle politischen Vertreter konnten Fragen stellen, die im Anschluss beantwortet wurden. Der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Leimersdorfer Ortsvorsteher **Christoph Rech (SPD)** war bei dieser Sitzung **abwesend**.

Auf der folgenden Seite werden die Inhalte der gemeindlichen Stellungnahme zusammengefasst.

Gemeinderat / Ausschüsse

02.02.2017
Beratung im Bauausschuss (öffentlich)

09.02.2017
Beratung im Hauptausschuss (öffentlich)

16.02.2017
Beratung im Gemeinderat (öffentlich)

30.03.2017
Beratung im Hauptausschuss (öffentlich & nicht öffentlich)

06.04.2017
Beratung im Gemeinderat (öffentlich & nicht öffentlich)

27.04.2017
Beratung im Bauausschuss (öffentlich)

Ortsbeirat Leimersdorf

11.04.2017
Beratung im Ortsbeirat (öffentlich)

22.05.2017
Ortsbeirat tritt zurück

ZWISCHENERGEBNISSE

Gründe gegen die Errichtung einer Deponie

Die Gemeinde Grafschaft hat die *Rechtsanwaltskanzlei Kunz* beauftragt, die rechtlichen Argumente gegen die Errichtung einer Deponie aufzubereiten. Gleichzeitig wurde das *Ingenieurbüro Björnsen* beauftragt, die technischen und umweltbezogenen Aspekte vorzulegen. Im Folgenden werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst. Die vollständige Stellungnahme kann, wie alle Sitzungsunterlagen, im Ratsinformationssystem unter *www.gemeinde-grafschaft.de* eingesehen werden.

Rechtliche Einwände gegen den Antrag zur Erichtung einer Deponie

- Fehlendes Raumordnungsverfahren
- Fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung
- Fehlende Planrechtfertigung
- Verstoß gegen die kommunale Planungshoheit
- Verstoß gegen die Verfahrensanforderungen
- Unvollständige Antragsunterlagen
- Verstoß gegen die Deponieverordnung

Technische / Ökologische Einwände gegen eine Deponie

- Sohle der geplanten Deponie läge unterhalb des Grundwasserspiegels
- Deponie würde das Biotop am Leimersdorfer Bach gewässerökologisch deutlich verändern
- Geringer Abstand zur Wohnbebauung (Lärm, Staub, Anlieferverkehr etc.)
- Betroffenheit schützenswerter Arten ist nicht geklärt

Alles in allem haben sowohl die *Rechtsanwaltskanzlei Kunz* als auch das *Ingenieurbüro Björnsen* festgestellt, dass die Planungen der *C.C. Umwelt AG* nur sehr oberflächlich vorgenommen wurden und teilweise sogar widersprüchlich und fehlerhaft sind.

FAZIT

Im Zeitraum vom **24. März 2014 bis heute** fanden in den gemeindlichen Ausschüssen und im Gemeinderat **insgesamt 15 Sitzungen** statt, in denen es inhaltlich um die Tongrube Leimersdorf ging.
Zum Antrag auf die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens des Betreibers der Tongrube Leimersdorf wurden **in der Zeit vom 02.02.2017 bis heute sechs entscheidende Beschlüsse** mit der Maßgabe gefasst, die **Deponie der DK I in Leimersdorf zu verhindern**.

„Das Thema *Tongrube Leimersdorf* hat neben dem Hochwasserschutz oberste Prioriät!“

Alle Vorlagen, Gutachten und Beschlüsse sind im Ratsinformationssystem veröffentlicht und mit wenigen „Klicks“ zu öffnen: *www.gemeinde-grafschaft.de (Bürgerdienste › Ratsinformationssystem)*

Auch die **Kreisverwaltung Ahrweiler** hat sich bereits am **11.05.2017** in einer Stellungnahme klar gegen eine Deponie ausgesprochen: Die Errichtung einer Abfalldeponie in der Tongrube Leimersdorf ist nicht mit den Zielen der Raumordnung und der Landesplanung vereinbar. [...] Die abschließende Entscheidung liegt bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz. Weitere Gründe gegen eine Deponie liegen unter anderem im Naturschutz, der Wasserwirtschaft und der Abfallwirtschaft. **Landrat Dr. Jürgen Pföhler (CDU)**: „Insgesamt bedeutet das ein klares Nein des Kreises zu einer dortigen Deponie.“

POLITISCHE AUSEINANDERSETZUNG

Angriffe der SPD auf den Bürgermeister

Am **12.04.2017** veröffentlicht der General-Anzeiger Bonn eine Pressemitteilung des Ortsvorstehers Hans-Christoph Rech (SPD) in der es heißt: „Im Ortsbeirat fühle man sich vom Informationsfluss abgekoppelt."
Der Bürgermeister **Achim Juchem (CDU)** weist diese Kritik in einer Pressemeldung am **18.04.2017** entschieden zurück mit der Begründung, dass alle Informationen seit Wochen öffentlich beraten wurden und die Informationen und Sitzungsunterlagen im Ratsinformationssystem für jeden Bürger einsehbar sind (siehe zeitlichen Verlauf und Übersicht auf Seite 2-3). „Wieso man sich im Ortsbeirat vom Informationsfluss abgekoppelt fühlt, erschließt sich deshalb nicht. Alle Informationen zu der Thematik Deponie Leimersdorf hätte sich der Ortsvorsteher oder sein Stellvertreter aneignen können. Dies gehört zu ihren Aufgaben", erklärt der Bürgermeister.
Laut den Sitzungsprotokollen haben sowohl der Ortsvorsteher Hans-Christoph Rech (SPD) als auch sein Stellvertreter Michael Kaes-Kunkel (SPD) die entsprechenden Sitzungen vor den Beratungen frühzeitig verlassen.

Mittelaufstockung auf Initiative des Bürgermeisters

Es war die Initiative von Bürgermeister Achim Juchem (CDU), im Nachtragshaushalt 2017 weitere Mittel für „Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten" (fachliche Expertisen zum Thema „Sondermülldeponie") einzustellen. Die CDU-Fraktion hat diese Initiative sofort aufgegriffen und unterstützt. Die Mehrheit zu dem Beschluss war also sicher. Letztlich hat sich der Gemeinderat einstimmig dafür ausgesprochen. Das heißt im Klartext: Alle Parteien im Gemeinderat tragen diesen entscheidenden Schritt zur Verhinderung einer Deponie mit.

„Darum stoßen Angriffe auf den Bürgermeister bei uns auf völliges Unverständnis!"

Appell zur konstruktiven Zusammenarbeit

Die CDU hält fest, dass im Gemeinderat und in den Ausschüssen die Zusammenarbeit bei diesem Thema bisher sehr gut und einstimmig funktioniert hat. Hier arbeiten alle Fraktionen parteiübergreifend zusammen. Warum der SPD-geführte Ortsbeirat hier als Stimmungsmacher aufgetreten ist und den Ortsbezirk Leimersdorf polarisiert hat, ist uns unbegreiflich. Wir hoffen in Zukunft wieder auf eine konstruktive Zusammenarbeit aller politischen Akteure zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Bürgermeister und Gemeindeverwaltung haben unser Vertrauen

Die Gemeindeverwaltung arbeitet sehr hart daran, die Deponie in Leimersdorf zu verhindern. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Verwaltungsmitarbeitern für ihren Einsatz bedanken und sprechen der Gemeindeverwaltung unter Leitung des Bürgermeisters Achim Juchem unser Vertrauen in dieser Angelegenheit aus!

Rücktritt des Ortsbeirates als Chance für den Ortsbezirk Leimersdorf

Die Rücktritte des Ortsvorstehers und großer Teile des Ortsbeirates bieten aus unsere Sicht die Chance für einen konstruktiven Neuanfang zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger im Ortsbezirk Leimersdorf. Die CDU Grafschaft hofft und vertraut darauf, dass der neue Ortsvorsteher und sein Ortsbeirat gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung und den politischen Gremien auf Gemeindeebene wieder an einem Strang ziehen werden. Vieles in in den letzten Jahren in Leimersdorf, Oeverich und Niederich liegen geblieben – das wollen wir anpacken und den Ortsbezirk wieder nach vorne bringen!

KLARSTELLUNG: „HECKWEG“

Eigentums- und Nutzungsverhältnisse des Wirtschaftsweges

Der Heckweg ist Bestandteil der Genehmigung im Hauptbetriebsplan des Tongrubenbetreibers. Das bedeutet, dass der Tongrubenbetreiber damit einen gesetzlichen Anspruch hat, diesen Weg auch für den Abbau zur Gewinnung von Ton in Anspruch zu nehmen. Da die Gemeinde Grafschaft Eigentümerin des Heckweges ist, kann sie allerdings Konditionen mit dem Betreiber aushandeln. Dies hat die Gemeinde Grafschaft auch getan. **Der Ortsbeirat Leimersdorf hat in seiner Sitzung am 20.10.2005 einem Abbau unter Auflagen zugestimmt.** Der Hauptausschuss stimmte einem Abbau unter Auflagen am 19.11.2010 zu, sodass die Leimersdorfer Tonwerke ab dem 08.11.2012 mit dem Abbau beginnen konnten.

Radweg zwischen Leimersdorf und Niederich als Gegenleistung

Als Gegenleistung für die Ausbeutung des Heckweges hat sich der Betreiber verpflichten müssen, den Fuß- und Radweg zwischen Leimersdorf und Niederich überwiegend auf dem Gelände der Leimersdorfer Tongrube sowie der Querschläge von diesem Weg nach Oeverich herzustellen.
In unseren Augen war dies eine sinnvolle Maßnahme zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger (insbesondere der jüngeren und älteren Generation), auf die wir ansonsten noch Jahrzehnte hätten warten müssen!

Wiederherstellung und Freigabe des Heckweges

Entgegen einiger kursierender Gerüchte ist der **Heckweg nach wie vor im Eigentum der Gemeinde Grafschaft**. Der Betreiber muss ihn nach Inanspruchnahme wieder sanieren bzw. aufbauen, sodass er im Anschluss als Wirtschaftsweg wieder freigeben werden kann.

HOCHWASSERSCHUTZKONZEPT

Nach dem **Starkregenereignis vom 04.06.2016** hat die Gemeinde Grafschaft unbürokratisch und schnell gehandelt. Es gibt etliche Gemeinden und Städte in Rheinland-Pfalz, in denen nach großartigen Ankündigungen bis heute nichts passiert ist. Das rasche Handeln von Bürgermeister Achim Juchem führte dazu, dass erhebliche Zuschüsse des Landes hier in der Grafschaft gebunden werden konnten. Die politischen Gremien haben sofort die entsprechenden Beschlüsse zur Erarbeitung eines Hochwasserschutzkonzeptes gefasst und diesem oberste Priorität gegeben.

Die **Vorstellung des Konzeptes mit Begehung fand am 27.01.2017** statt. Nach Abschluss aller Vorstellungen in den betroffenen Ortsbezirken wurde es den Ortsbeiräten zur Stellungnahme vorgelegt. **Die Behandlung im Ortsbeirat Leimersdorf erfolgte am 11.04.2017**.

Kein zweispuriger Ausbau des Wirtschaftsweges zwischen Birresdorf und Oeverich

Eine der vielen Maßnahmen ist die bessere Ableitung des Hangwassers von der Werthhovener Höhe mit einem großen Quergraben entlang des Wirtschaftsweges zwischen Birresdorf und Oeverich und zwei weiteren Rückhaltungen. Die vorhandene Trasse (durch Vermessung festgestellt) ermöglicht dies. Bei dieser Maßnahme steht der Hochwasserschutz im Vordergrund, der Wirtschaftsweg selbst muss lediglich saniert werden. **Ein zweispuriger Ausbau, wie von SPD-Mitgliedern kolportiert, findet nicht statt und stand auch nie zur Diskussion.** Warum hier erneut wider besseren Wissens Fehlinfomationen bei den Bürgerinnen und Bürgern gestreut werden, erschließt sich uns nicht.

**„Wir erwarten auch in diesem Punkt
– trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten –
einen ehrlichen und fairen Umgang!“**

IHR KONTAKT ZU UNS

CDU Grafschaft
Michael Schneider *(Vorsitzender)*
Altenahrer Str. 3
53501 Grafschaft

Mail info@cdu-grafschaft.de

www.cdu-grafschaft.de

fb.me/CDU.Grafschaft

Layout, Satz & Gestaltung: **PolitUnion®**, Grafschaft

LEIMERSDORF BRAUCHT EINEN NEUANFANG!

Wir wollen mit ehrlicher, sachlicher und verlässlicher Politik unseren Beitrag dazu leisten!

Die treibende Kraft in der Grafschaft.

CDU